

(Beifall von der SPD und der FDP)

Wir müssen die Vorzüge der Europäischen Union ins Schaufenster stellen, damit auch diejenigen das erleben können, die vielleicht in ihrem Alltag sonst nicht damit in Berührung kommen.

Das führt mich zum Antrag, liebe SPD-Fraktion. Wenn Sie gerade eben gesehen haben, wo hier in diesem Plenarsaal die Linie verläuft, dann muss man sich schon gut überlegen, ob es sozusagen allein das Dasein als Opposition wert ist, per se – wie bei Uli Stein der Pinguin – das „Dagegen“-Schild hochzuhalten, oder ob man nicht bei bestimmten Themen ganz bewusst lieber den Schulterschluss wählt und sucht, um klarzumachen, wo die Grenze verläuft. Die verläuft bei diesem Thema nicht zwischen den demokratischen Fraktionen, sondern eindeutig zwischen den demokratischen Fraktionen und denen, die ewiggestrig sind.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

Dennoch will ich mich gerne mit den einzelnen Forderungen aus Ihrem Antrag befassen und auch darauf eingehen, warum wir diesen Antrag für nicht notwendig erachten.

Sie haben zum einen die Förderung der Europakompetenz genannt. Hier will ich nur ein Beispielprojekt erwähnen, wo wir genau das doch machen: das Projekt „EU-Jugendbotschafter@school“. Damit fördern wir, dass junge Menschen andere junge Menschen mit Europa in Berührung bringen. Wir bauen dieses Projekt aus. Das tun wir auch in Zusammenarbeit mit den „EUROPE DIRECT-Zentren“, mit denen wir eng und konstruktiv zusammenarbeiten. Wir unterstützen öffentlichkeitswirksame Maßnahmen. Wenn man also den Antrag liest und den Eindruck bekommen könnte, das sei bisher nicht der Fall, dann täuscht das über die Realität hinweg. Wir machen das bereits heute. Das als erster Punkt.

Zweiter Punkt: Sie problematisieren die Förderverfahren. Ja, es ist wichtig, dass die Förderung von solchen Maßnahmen, von solchen Projekten möglichst unbürokratisch mit niedrigen Hemmschwellen ausgestaltet ist. Auch daran arbeiten wir und haben bestehende Förderverfahren bereits digitalisiert, um damit den Aufwand für alle Beteiligten spürbar zu reduzieren. Außerdem haben wir zentrale Websites geschaffen, über die ich mich über bestehende Angebote informieren kann. Das ist es, die Dinge als Regierung für diejenigen gängig zu machen, die sich engagieren wollen. Aber auch das findet bereits statt.

Ein letzter Punkt: die Städtepartnerschaften. Sie fordern ausgerechnet den Einsatz dafür, dass Städtepartnerschaften mit der Ukraine erleichtert werden. Ich war vor kurzem in Kiew und habe dort an einer Online-Konferenz teilgenommen mit 100 Kommunen aus Nordrhein-Westfalen und aus unserer neuen

Partnerregion Dnipopetrowsk. Da haben wir genau das gemacht. Wir haben mittels bestehender Agenturen, sei es von der Bundesebene die SKEW oder sei es von der Landesebene die Auslandsgesellschaft, die wir dafür zusätzlich fördern, diese Hilfe angeboten, damit auch kleine Kommunen Städtepartnerschaften mit Städten in unserer Partnerregion in der Ukraine beginnen können. Wenn man das weiß – das haben wir auch nicht heimlich für uns getan und auch nicht geheim gehalten –, dann muss man, finde ich, hier im Rund des Plenums nicht so tun, als würde nicht all das bereits stattfinden.

Insofern meine Bitte, bei diesem Thema „Europa“, gerade in diesem vor uns stehenden Jahr, gerade mit Blick auf die Richtungsentscheidung der Europawahl im kommenden Sommer den Schulterschluss zu suchen, damit die Leute wissen: Wer steht hier in diesem Land für Europa ein, und wer möchte zurück zum Nationalstaat? – Danke schön.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Minister. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Daher schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen haben sich zwischenzeitlich darauf verständigt, den Antrag an den Ausschuss für Europa und Internationales – federführend –, an den Ausschuss für Heimat und Kommunales sowie den Hauptausschuss zu überweisen. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Gibt es jemand, der dieser Überweisungsempfehlung nicht zustimmen möchte? – Möchte sich jemand enthalten? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die **Überweisungsempfehlung**, wie gerade festgestellt, einstimmig **angenommen**.

Ich rufe auf:

4 Landesweite Werbekampagne für Ausbildungsberufe starten – Zielgruppenorientierung verbessern!

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/4135

Ich eröffne die Aussprache. Für die FDP spricht als Erstes die Abgeordnete Frau Schneider.

Susanne Schneider (FDP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wissen Sie, wer Pamela Reif oder Julien Bam sind? Kennen Sie Caro Daur oder Herrn Anwalt?

Pamela Reif informiert in den sozialen Medien über Fitness. Julien Bam produziert Videos und singt. Caro Daur präsentiert Lifestyle und Mode, und Herr Anwalt informiert regelmäßig Jugendliche mit einer Minute Jura zu Recht und Schaffen. Sie alle sind ausgesprochen erfolgreiche Influencer, die tagtäglich Hunderttausende Jugendliche auf Instagram, YouTube oder TikTok erreichen.

Zum Vergleich: Das Arbeitsministerium veröffentlicht eine Broschüre für junge Menschen, Auflage 1.200 Exemplare, von der wir nicht einmal wissen, ob sie überhaupt gelesen wird. Das war Ende Februar mit dem Titel „Vergütung für Auszubildende“. Als ich die Pressemitteilung dazu sah, dachte ich: Boah, eine Broschüre! Darauf haben junge Menschen 2023 gewartet.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales)

Verstehen Sie mich bitte nicht falsch. Das Ziel, auf lohnenswerte Verdienstchancen hinzuweisen und aufmerksam zu machen, teilt die FDP-Landtagsfraktion durchaus. Allerdings halten wir es für fraglich, ob diese Art der Ansprache noch zeitgemäß ist. Außerdem bezweifle ich stark, dass das Geleitwort des Ministers für junge Menschen wirklich ausreichend niedrigschwellig ist.

Der Fachkräftemangel war auch hier im Landtag bereits mehrmals Thema. 2022 hat er in Deutschland ein Rekordniveau erreicht. Besonders deutlich ist dies bei Fachkräften mit abgeschlossener Berufsausbildung. Ein Grund dafür ist die sinkende Zahl von Auszubildenden. Hier in Nordrhein-Westfalen ist der Trend leider auch in besonderer Weise besorgniserregend. Die Zahl der Auszubildenden in unserem Bundesland ist jetzt bereits im dritten Jahr in Folge rückläufig.

Nach der vorläufigen Einschätzung des Statistischen Landesamtes IT.NRW befanden sich Ende 2022 rund 275.000 Personen in einer Berufsausbildung. Das bedeutet einen Rückgang um knapp 3 % gegenüber dem Vorjahr. Im Vorcoronajahr 2019 hatte die Zahl der Azubis noch bei fast 300.000 gelegen. Betroffen sind vor allem die Bereiche „Industrie“, „Handel“, „Banken“, „Versicherungen“, „Gast- und Verkehrsgewerbe“ sowie „Hauswirtschaft“ und „Handwerk“. Wie besorgniserregend gerade die Entwicklung im Handwerk ist, brauche ich Ihnen sicherlich nicht näher zu erläutern.

Wir müssen uns daher der Herausforderung stellen, wieder mehr junge Menschen in Ausbildungsberufe zu bekommen. Mehr qualifizierte Ausbildung bedeutet nicht einfach nur eine bessere Fachkräftestatistik, sondern sie ist vielmehr auch die Grundlage für eine erfolgreiche Erwerbstätigkeit der Menschen. Wie bereits angedeutet, kann das Einkommen nach Absolvierung einer Ausbildung teilweise sogar besser als nach einem akademischen Abschluss sein.

Wenn ich Jugendliche erreichen möchte, muss ich deren Sprache sprechen. Das heißt jetzt nicht, dass der Minister Worte wie „Digga“, „yolo“ oder „cringe“ in sein Vokabular aufnehmen soll.

(Heiterkeit von der FDP – Zuruf von Franziska Müller-Rech [FDP])

Er sollte aber Quellen zur Verfügung stellen, die Jugendliche niedrigschwellig nutzen können, und keine Broschüren, deren Text schon beinahe ein juristisches Staatsexamen voraussetzt.

Es mag einem gefallen oder nicht: Junge Menschen holen sich ihre Informationen zunehmend aus den sozialen Netzwerken. Klassische Internetsuchmaschinen und Webseiten werden kaum noch angesteuert, allenfalls für schulische Aufgaben bzw. um einmal für eine Facharbeit zu recherchieren. Daher ist der Broschürens-service des Landes auch nicht gerade der attraktivste Anziehungspunkt im Internet.

Gerne wird dann ja auch noch auf den Facebook-Auftritt des Landes oder des Arbeitsministeriums verwiesen, aber auch damit erreicht man immer weniger junge Menschen. YouTube, Instagram und TikTok sind da deutlich gefragter.

Dann stellt sich natürlich die Frage, ob man einfach nur auf eigene Kanäle setzt, deren Followerzahlen – mit Verlaub – recht überschaubar sind, oder ob man nicht auch geeignete Kooperationspartner sucht, um einer möglichen Kampagne mehr Aufmerksamkeit zu verschaffen. Denn der Trend geht eindeutig in eine Richtung: Für viele junge Menschen sind Influencer informativ und meinungsbildend. Daher muss man diese auch einbinden. Kernige Worte des Arbeitsministers allein werden sicherlich nicht ausreichen, um einer Kampagne zum Erfolg zu verhelfen.

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, ich freue mich auf die weitere Debatte im Fachausschuss darüber, wie wir mit einer landesweiten und kreativen Werbekampagne mehr junge Leute für die Ausbildung gewinnen können. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die CDU spricht ihr Abgeordneter Herr Schmitz.

Marco Schmitz (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegin Schneider, ich muss sagen: Ich bin ein bisschen enttäuscht, dass Sie jetzt nicht mit dem iPad hier vorne am Rednerpult gestanden, sondern tatsächlich noch auf so analoge Dinge wie Papier gesetzt haben, was einer Broschüre schon sehr nahekommt.

(Zuruf von Marc Lürbke [FDP])

Auch da hätte man ja dann erwarten können, dass das etwas moderner rübergebracht wird.

(Lisa-Kristin Kapteinat [SPD]: Die Kampagne zielt ja nicht auf Frau Schneider ab! – Jochen Ott [SPD]: Kein guter Einstieg!)

Kommen wir zum Inhalt des Antrages und vielleicht erst mal zu den Zahlen an sich. Rund 60.000 Ausbildungsplätze haben wir aktuell noch frei. Wir haben nicht genügend Bewerber. Die Lage ist natürlich dramatisch. Wir kämpfen in jeder Rede für die duale Ausbildung und dafür, dass junge Menschen eine Ausbildung anfangen. Da nehme ich auch keinen in diesem Hause aus.

Wir haben den Wandel von einem Arbeitgebermarkt hin zu einem Arbeitnehmermarkt, sodass die jungen Leute sich jetzt natürlich auch aussuchen können, wo sie zukünftig arbeiten und was sie machen wollen. Auf der einen Seite ist es natürlich gut, dass es diese Auswahl nun gibt. Auf der anderen Seite wird es auch schwieriger und die Entscheidung wird auch nicht immer schnell getroffen.

Die Bundesagentur für Arbeit, der ich diese Aufgabe, für Ausbildung zu werben, als Allererstes zuschreibe – und nicht dem Ministerium –, wird in diesem Sommer einen bundesweiten „Sommer der Berufsausbildung“ starten, damit junge Menschen, junge Erwachsene eine Berufsausbildung aufnehmen bzw. sich dafür interessieren. Ich glaube, das ist auch der richtige Weg. Es gibt nicht die eine Form, in der man für die duale Berufsausbildung werben kann, sondern es müssen ganz verschiedene Formen dafür gewählt werden. Sie fahren mit einem Bus rum, sie stehen auf den Marktplätzen, sie sind bei Berufsmessen, sie stehen auf den Schulhöfen. Auch das sind Formen, die man nicht vergessen darf.

Ist die Ausbildung eine Eintrittskarte ins Berufsleben? Ganz klar: Ja. Wir als Landesregierung kämpfen ja seit 2017 dafür, dass junge Menschen es schaffen, eine Ausbildung abzuschließen, und vor allem – auch das darf man nicht vergessen – dafür, dass wir diejenigen, die noch nicht ausbildungsreif sind, überhaupt erst dazu bekommen, eine Ausbildungsfähigkeit zu besitzen, die Sprache vernünftig zu sprechen, schreiben und rechnen zu können. Das ist es doch, woran es oftmals mangelt. Die Unternehmen sagen: Ich möchte den- oder diejenige nicht haben, weil er oder sie überhaupt nicht ausbildungsreif ist. Ich glaube, daran müssen wir noch arbeiten.

(Jochen Ott [SPD]: An der Schulpolitik muss man wirklich arbeiten, da hat er vollkommen recht!)

Ein weiterer Punkt ist natürlich, dass die Unternehmen Praktika anbieten müssen. Wir müssen Praxiszeiten genehmigen, wir müssen sie ermöglichen, damit die jungen Menschen wissen, worauf sie sich einlassen. Nur weil ein Influencer mir erzählt, wie wahn-

sinnig toll es ist, dass ich zukünftig Fleisch zerlege, werde ich sicherlich nicht den Fleischerfachberuf ergreifen. Das kann nämlich nur jemand vermitteln, der auch selber aus der Branche kommt.

Es gibt Beispiele, bei denen das funktioniert, wie bei dieser Influencerin, die Landwirtin ist und das wirklich hervorragend macht. Sie berichtet aus ihrem Leben und hat Zigtausende Follower. Dann funktioniert das. Sich aber nur für einen solchen Beruf zu entscheiden, weil irgendjemand, der sonst in seiner Youtuber- oder Influencer-Blase gefangen ist, auf einmal erzählt, wie wahnsinnig spannend es ist, Fleischer, Metzger, Bäcker oder Automechaniker zu werden, ist, glaube ich, keine überragende Idee.

Nichtsdestotrotz ist der Bereich der sozialen Medien einer, in dem wir für die duale Ausbildung werben müssen. Die Älteren unter uns erinnern sich noch, dass man in der 8./9. Klasse ins Berufsinformationszentrum der Agentur für Arbeit gegangen ist. Dort hat man sich eine große Pioneer Laserdisc ausgeliehen und konnte sich dann ein Video angucken, das meistens eher abschreckend war, als dass man gesagt hätte: Den Beruf möchte man ergreifen.

Es ist wichtig, dass auch Praxisbeispiele von Menschen vor Ort gegeben werden. Deswegen haben wir die Ausbildungsbotschafter in den letzten Jahren gestärkt und werden das auch weiterhin tun. Das sind Menschen, die aus dem Beruf kommen, in die Schulen gehen und Zeugnis davon geben, wie sie ihren Beruf ausleben.

Zum Schluss: Wie werden weiter daran arbeiten. Ich freue mich sehr auf die Überweisung in den Ausschuss. Nach der Anhörung, liebe Susanne Schneider, können Karl-Josef Laumann, du und ich ein wenig tanzen und das Ganze bei TikTok hochladen, um für den Beruf des Politikers zu werben.

(Rodion Bakum [SPD]: Das soll die Leute nicht abschrecken!)

Ich bin sehr gespannt, wie du das in den sozialen Medien darstellen wirst. Jeder von uns ist in den sozialen Medien aktiv. Ob das am Ende etwas bringt, sodass sich mehr junge Leute für Politik begeistern, werden wir sehen. Der Überweisung stimmen wir natürlich zu. Auf die Ergebnisse bin ich gespannt. – Ihnen allen erst mal ein schönes Wochenende.

(Beifall von der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die SPD spricht die Abgeordnete Frau Kapteinat.

Lisa-Kristin Kapteinat (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Ausbildung ist ein super wichtiges Thema, das auch wir als Landtagsfraktion der SPD immer wieder adressieren. Deswegen zunächst herzlichen Dank an die

FDP für diesen Antrag. Eines direkt vorweg: Mit den allermeisten Beschlusspunkten würden wir weitgehend mitgehen.

Aber aus unserer Sicht wird bei der Werbung um Auszubildende eine Kampagne für mehr Digitalisierung dem Problem an sich schlicht nicht gerecht. Es braucht so viel mehr, um Schülerinnen und Schüler dafür zu begeistern, in eine Ausbildung zu gehen, eine Ausbildung zu machen, sich dort zu bewerben.

Ich habe in der vergangenen Woche ein Handwerksunternehmen besucht. Dort ist ein ganz toller Meister, der mit ganz viel Engagement dabei war, der mir aber auch berichtet hat, dass eine seiner ersten Auszubildenden eine Frau, ein junges Mädchen war, das vorher bereits fünf Praktika im handwerklichen Bereich gemacht hat. Sie hatte ein tolles Realschulzeugnis und 52 Bewerbungen geschrieben, die zurückgekommen sind. Auf zwei Zetteln stand noch: „Achtung, Mädchen!“ bzw. „Achtung, Frau!“.

Dieses Beispiel hat mir sehr deutlich gemacht: Wir müssen nicht nur und in allererster Linie eine Kampagne für die Schülerinnen und Schüler und für die potenziellen Azubis fahren, sondern wir müssen auch noch ganz viel bei unseren Ausbildungsbetrieben nachsteuern.

(Beifall von der SPD)

Es geht auch darum, dass hier Generationen zueinanderfinden müssen und dass man ein Verständnis füreinander entwickeln muss, wie gute Arbeit und gute Ausbildung aussehen kann.

Es gibt auch im digitalen Bereich bereits tolle Kampagnen. Ich möchte beispielsweise auf den Instagram-Account E-Zubis verweisen, der es aus meiner Sicht sehr gut schafft, junge Menschen anzusprechen, ohne dabei cringe oder sonst wie zu wirken.

Darüber hinaus kann die allerbeste Kampagne aber auch nur so gut sein, wie das Produkt, für das sie wirbt. Daher haben wir eine ganz dringende Bitte: Wir alle zusammen müssen hier im Parlament an den bekannten Stellschrauben drehen, um auf politischer Basis dabei zu unterstützen, dass Ausbildungsbedingungen besser werden – die Bedingungen und die Vergütung.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Die Ausbildungsgarantie – wir diskutieren sie zurzeit im Bund – ist nur ein Beispiel. Wir brauchen sie dringend, um für eine gewisse Sicherheit zu sorgen.

Ein weiteres Beispiel, das helfen kann, ist die Erfahrung, etwas Praktisches zu machen. Unser Schulleben ist aber sehr darauf ausgerichtet, sich theoretisch etwas anzueignen; es ist auf die Theorie ausgerichtet. Immer noch gilt es als erstrebenswert, nach dem Abitur zu studieren. Lassen Sie uns dafür sorgen, dass man in der Schule wieder haptischer ar-

beitet und dass man lernt, wie es ist, wenn man mit den eigenen Händen etwas geschaffen hat.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Es ist völlig egal, ob man damit hinterher zu Hause die Eltern glücklich macht, weil man in der Lage ist, die Spülmaschine zu reparieren, oder weil man sich die eigenen kleine Bank für den Garten oder für den Balkon schreinern kann. Diese Erfolgserlebnisse und das Gefühl, tatsächlich etwas zu schaffen, sind es doch, die einen weiterbringen. Das zeigen auch die Erfahrungen beispielsweise beim Girls' und Boys'Day immer wieder.

Ich bin mir sicher, wir werden im Ausschuss noch viele gute Ideen diskutieren und darüber sprechen, wie wir mehr Jugendliche dafür begeistern können, in eine Ausbildung zu gehen, und wie wir dafür sorgen, dass Ausbildungsberufe und Ausbildungsfirmen attraktiver werden. Ich freue mich auf die Debatte. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die Fraktion der Grünen spricht der Abgeordnete Herr Rauer.

Benjamin Rauer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Die FDP-Fraktion fordert in ihrem Antrag, dass die Landesregierung eine landesweite Werbekampagne für die Ausbildung startet, um die Zielgruppenorientierung zu verbessern.

Sie weisen auf einen wichtigen Punkt hin. Die Werbung für Ausbildungsberufe ist gerade bei jungen Menschen wesentlich, um Ausbildungsplätze zu besetzen. Wie im Antrag richtigerweise erläutert wird, ist die Anzahl der Berufsausbildungsstellen rückläufig. Das ist ein Grund zur Besorgnis und zeigt uns: Wir müssen schnellstmöglich effektive Maßnahmen ergreifen, um die Jugendlichen für Ausbildungsjobs zu begeistern.

Mit dem Antrag Drucksache 18/1353 haben wir als Zukunftscoalition aus CDU und Grünen bereits im Oktober 2022 die Fachkräfteoffensive in Angriff genommen. In diesem Antrag gehen wir explizit auf bessere Rahmenbedingungen für die duale Ausbildung ein. Die Steigerung der Attraktivität von Ausbildung bei Schulabsolventinnen ist daher ein zentraler Baustein.

Unser wichtigstes Anliegen ist es außerdem, dass alle Schulabgänger*innen, die eine Ausbildung beginnen wollen, auch eine Ausbildung finden und dass wir diejenigen besonders unterstützen, die nach der Schule noch nicht wissen, wie es weitergehen soll.

Auch hierzu hat das MAGS bereits eine Gesetzesgrundlage vorbereitet, um der Bundesagentur die Daten von unversorgten Schulabgänger*innen weiterzuleiten.

Weiterhin ist es eine gemeinsame Aufgabe, Konditionen zu schaffen, die die Ausbildung für angehende Auszubildende attraktiv machen. Das beinhaltet Aspekte wie „günstiges Wohnen“, „Mobilität“ und „sichere Zukunftsperspektiven“.

Dass wir bei der Werbung für die Ausbildung auf zielgruppengerechte Kommunikationskanäle setzen, ist dabei bereits vorgesehen und erfordert keinen Extraantrag der FDP. Vielen Dank an die Fraktion für den Hinweis, dass Facebook bei der Zielgruppe der Jugendlichen, die Instagram und TikTok nutzen, wenig Relevanz hat.

Bestimmt haben Sie gesehen, dass es auf der Internetseite des MAGS einen Verweis auf die Imagekampagne #mindblowing gibt. Dort und in den Social Media – YouTube, Instagram und TikTok – wirbt die IHK NRW für die Ausbildung. In dieser Kampagne wird zielgruppengerecht für 15- bis 25-Jährige mit Influencern zusammenarbeitet, um die Ausbildung zu bewerben.

Wie die Fraktion ebenfalls richtig bemerkt, hat die Landesregierung die aktuelle Fachkräfteoffensive NRW bereits gestartet. Die Offensive wird am 11.05. von Herrn Minister Laumann vorgestellt. Die Einladung wurde vom MAGS bereits verschickt. Die Kolleginnen sind hiermit herzlich eingeladen, an der Auftaktveranstaltung teilzunehmen und die Diskussionen zu verfolgen.

Obwohl die Landesregierung die Punkte, die im Antrag gefordert sind, bereits umsetzt, stimmen wir der Überweisung des Antrages an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales selbstverständlich zu. – Vielen Dank.

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Für die AfD spricht ihr Fraktionsvorsitzender Dr. Vincentz.

Dr. Martin Vincentz (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Um mehr junge Menschen für Ausbildungsberufe zu gewinnen, brachte die AfD bereits im Januar dieses Jahres einen längeren Antrag ein. In diesem Antrag haben wir insgesamt 15 Forderungen gestellt, die die Menschen dazu bewegen sollten, sich doch in jungen Jahren vielleicht für eine Ausbildung zu entscheiden.

Um die Spannung rauszunehmen, was mit diesem Antrag passiert ist: Er wurde in diesem Haus von allen anderen Fraktionen abgelehnt. Übrig geblieben ist von diesen 15 Forderungen eine einzige, die die FDP nun einbringt, nämlich mal irgendwas mit Social Media zu machen. Als wäre das Ministerium nicht schon von alleine darauf gekommen, sollen es nun

Influencer richten, die – ich sage es mal so – in den meisten Fällen nicht unbedingt Leuchttürme für solide Ausbildungsberufe und berufliche Werdegänge sind.

Wahrscheinlich kommt dann so etwas dabei heraus wie beim Justizminister Buschmann, der zum „May the 4th“ ein Bild mit Groggu, den er dann noch als Yoda fehlbezeichnete, hochgeladen hat – das war wirklich megacringe.

(Heiterkeit von Sven Werner Tritschler [AfD] und Zacharias Schalley [AfD])

Was soll als Nächstes kommen? Tänze bei TikTok, vielleicht ein kesser Twitch-Stream? Man kann nur Schlimmes vermuten, wenn sich die Regierung tatsächlich an junge Menschen wenden möchte.

So bleibt es wie so oft: Politik baut Wolkenschlösser, Handwerker und Ingenieure bauen die Welt. Wir sind für mehr Ausbildung und MINT-Berufe. Wer das möchte, wählt die AfD. In diesem Sinne: Möge die Macht mit Ihnen sein.

(Beifall von der AfD)

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass die duale Ausbildung ein großer Schatz ist, den wir in Deutschland haben, ist hier im Parlament Konsens, und das wird in vielen Reden – manchmal auch sonntags – von allen betont. Das ist auch gut so.

Ich möchte gerne zu dem kommen, was wir machen, damit mehr Menschen die Welt der dualen Ausbildung kennenlernen. In meinem Job geht es nicht darum, die Menschen zu überreden, in die duale Ausbildung zu gehen, sondern mir geht es darum, dass man die Welt der dualen Ausbildung kennt, wenn man seine Berufsentscheidung trifft, um dann für sich die richtige Entscheidung treffen zu können. Einen Beruf zu haben, der einem liegt, hat viel mit dem Gelingen eines Menschenlebens zu tun. Da sind wir in den letzten Jahren sehr viel weitergekommen.

Heute werden die Schülerinnen und Schüler über ihre Elternhäuser nicht mehr so stark mit der Welt der dualen Ausbildung konfrontiert, wie es früher war. Deswegen müssen wir hier große Anstrengungen unternehmen.

Der Länderbericht der Bertelsmann Stiftung besagt, dass wir 33.000 weniger Leute in der dualen Ausbildung haben als 2011. Es wäre auch ganz schön gewesen, wenn sie dazugeschrieben hätten, dass die Schülerzahlen in dem gleichen Zeitraum von fast 2,8 Millionen auf 2,4 Millionen gesunken sind. Es verlassen also auch wesentlich kleinere Jahrgänge unsere Schulen, und es stellt sich weniger Menschen die Frage nach der Berufsorientierung, als das noch vor elf Jahren der Fall war.

Ich bin auf jeden Fall sehr froh darüber, dass wir in diesem Jahr zum ersten Mal mehr unterschriebene Ausbildungsverträge in Nordrhein-Westfalen haben als Leute, die ein Studium beginnen. Es ist das erste Mal seit vielen Jahren, dass mehr junge Leute einen Ausbildungsvertrag unterschrieben haben, als es Einschreibungen an einer Universität oder an einer Fachhochschule gibt. Um Ihnen die genauen Zahlen zu nennen: Wir haben 105.198 begonnene Ausbildungsverträge und 103.699 Studieneinträge. Das macht deutlich, dass das, was der Ausbildungskonsens in Nordrhein-Westfalen seit vielen Jahren umsetzt, nämlich die duale Ausbildung an die allgemeinbildenden Schulen zu bringen, auch Wirkung zeigt. Darüber sollten wir sehr froh sein.

Liebe Frau Schneider, wenn Sie sich um den Ausbildungskonsens kümmern würden, dann wüssten Sie auch, dass wir in Nordrhein-Westfalen für alle Bundesländer Instrumente zur Berufswahl entwickelt haben, die flächendeckend eingesetzt werden. Das Bild, das Sie immer zeichnen wollen, das MAGS habe von Digitalisierung keine Ahnung, stimmt nicht. Im Übrigen wird auch die Frage, wie die Ausbildungslöhne ausgestaltet sind, nicht nur über eine Broschüre abgebildet, sondern das ist selbstverständlich auch auf dem elektronischen Weg in unserem Ministerium abrufbar. In einem Land mit 18 Millionen Einwohnern glauben wir nun wirklich nicht, dass wir mit 1.800 Broschüren irgendetwas ausrichten können. Diese gehen eher an die Bildungswerke, weil diese sie nach wie vor in Papierform anfordern.

Natürlich werden wir auch KAoA weiterentwickeln, sodass es eine große Rolle auch in den Kanälen der Sozialen Medien spielt. Ich glaube, hier müssen wir auch eine Doppelstrategie verfolgen: Auf der einen Seite müssen wir „in“ sein für die digitale Welt, auch für die sozialen Medien, und auf der anderen Seite müssen wir diejenigen erreichen, die uns am meisten Sorgen bereiten; diejenigen, die zum Beispiel keine abgeschlossenen Bildungsabschlüsse haben und sich zu einer großen Zahl auch in den Warteschleifen der Kreisberufsschulen bzw. der Berufsschulen insgesamt befinden. Auch da werden wir einen großen Schwerpunkt setzen.

An vielen Stellen höre ich, dass etwas ganz Altmodisches gut funktioniert, und zwar, wenn Auszubildende selber als Ausbildungsbotschafterinnen und Ausbildungsbotschafter in die Schulklassen gehen und von ihren Berufen, von der Lehre, von der Vielfalt und auch davon erzählen, wie modern mittlerweile viele gewerbliche Berufe in Handwerk und Industrie sind. Das Glück liegt hier nicht nur auf einer Schiene, sondern Gott sei Dank auf mehreren Schienen. Daran wird das Arbeitsministerium kontinuierlich – auch mit unseren Partnern im Ausbildungskonsens – weiterarbeiten. – Schönen Dank.

Präsident André Kuper: Herr Minister, ich muss Sie einmal unterbrechen. Es gab den Wunsch nach einer Zwischenfrage aus den Reihen der SPD. Lassen Sie diese zu?

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Ja, gerne.

Präsident André Kuper: Herr Ott hat das Wort.

Jochen Ott (SPD): Danke schön, Herr Minister, dass Sie die Zwischenfrage noch zulassen. Sie kennen ja auch die Untersuchungen aus dem letzten Jahr, von Dr. Dohmen von der Friedrich-Ebert-Stiftung veröffentlicht, wonach insbesondere Hauptschüler und Realschüler in Nordrhein-Westfalen ein Problem haben, mit ihrem Abschluss in die berufliche Ausbildung zu kommen. Sie haben gerade auf die Warteschleifen bei den Berufskollegs hingewiesen.

Was wünschen Sie sich im Schulbereich, damit das Problem kleiner wird? Irgendwie müssen wir da ja ran. Wenn die Leute einen Hauptschulabschluss machen und anschließend nicht genommen werden, ist das für die Jugendlichen sehr frustrierend.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Erst einmal ist es so, dass wir zurzeit 43.000 Leute in den Übergangssystemen haben; bei den Berufsschulen. Da sind natürlich auch Bildungsangebote dabei, die nicht nur etwas mit Warteschleifen zu tun haben. Denken Sie zum Beispiel an die Klassen für die Geflüchteten, für die zu uns Gekommenen denken, in denen noch schulische Dinge gemacht werden. Das ist ein besonderer Zweig an den Berufsschulen.

Dennoch fällt mir auf, dass die jungen Leute im Schnitt vier Jahre in diesem Übergangssystem sind. Wir sollten uns viel Mühe geben, dies zu verkürzen, damit es schneller in Ausbildung geht. Da ist es ganz wichtig, dass wir in den Curricula für die Berufsschule – soweit ich weiß, ist das Schulministerium auch dabei – längere Praktikumszeiten in der Wirtschaft vorsehen, da über längere Praktika auch eine Beziehung zu Unternehmen, zur praktischen Arbeitswelt entsteht.

Das hat aber auch zur Voraussetzung, dass die Unternehmen uns diese Praktikumsplätze zur Verfügung stellen müssen und sollten. Wir können ja einen Praktikumsplatz in der realen Wirtschaft nicht in einer USB-Maßnahme nachbilden. Da kann man auch was machen. Aber wir brauchen diese Praktikumsplätze.

Wir werden dann vonseiten des MAGS unsere Anstrengungen erheblich konzentrieren müssen, so dass wir einen großen Teil der Jugendlichen auf dem Weg aus dieser beruflichen Bildung heraus in die

duale Ausbildung begleiten, um zu erreichen, dass wir diese vier Jahre erheblich verkürzen. Ich bin bereit, darauf mit den Mitteln, die mein Ministerium hat, für die nächsten zwei, drei Jahre einen absoluten Schwerpunkt zu setzen, um genau diese Warteschleifen zu verkürzen. Wir sind zurzeit dabei, das im Ministerium zusammenzustellen, und es wird auch eine Rolle auf der Fachgästekonferenz in der nächsten Woche spielen.

Ich will noch eine Zahl nennen, die auch interessant ist: 43 % der Leute, die in Nordrhein-Westfalen einen Ausbildungsplatz unterschrieben haben, haben Abitur. Sie hätten sich auch für den anderen Weg entscheiden können, sie haben sich aber trotzdem für eine Ausbildung entschieden.

Ich finde, das macht auch deutlich, dass bei Abiturientinnen und Abiturienten die duale Ausbildung wieder höher im Kurs steht, als es vor Jahren der Fall war. Was mich aber wirklich umtreibt, ist, dass das Durchschnittsalter unserer Auszubildenden im ersten Lehrjahr mittlerweile bei 21 Jahren liegt. Das hat natürlich auch mit der Länge der Warteschleifen zu tun. – Schönen Dank für die Zwischenfrage.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Minister. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Daher schließe ich die Aussprache. Wir kommen zur Abstimmung.

Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrags Drucksache 18/4135 an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Ist jemand gegen diesen Beschlussvorschlag? – Möchte sich jemand enthalten? – Das ist nicht der Fall. Dann ist diese **Überweisungsempfehlung** unter Beteiligung des fraktionslosen Abgeordneten einstimmig **angenommen**.

Ich rufe auf:

5 Schutz des ungeborenen Lebens ernst nehmen: Frauen und Paare in ihrer Elternschaft unterstützen

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/4115

Ich eröffne die Aussprache. Für die AfD spricht als Erster ihr Abgeordneter Herr Schalley.

Zacharias Schalley (AfD): Herr Präsident! Werte Damen und Herren! Ich mache Ihnen heute ein Geständnis. Als Vertreter der AfD stimme ich Pro Choice absolut zu: Alle Menschen sollen die freie

Wahl haben, ob sie sexuell aktiv sein wollen oder nicht. Sie sollen ebenso die freie Wahl haben, ob sie verhüten und welches Mittel sie dazu nutzen – sei es zur Vermeidung einer ungewollten Schwangerschaft das Kondom, die Pille, Spirale oder einfach Enthaltsamkeit. Dies bleibt jedem selbst überlassen.

Neuester Geheimtipp unter den Verhütungsmitteln für Frauen ist übrigens die bunte Kurzhaarfrisur. Damit sinkt die Wahrscheinlichkeit des Geschlechtsverkehrs wirklich gegen null. Auch das ist völlig legitim.

(Franziska Müller-Rech [FDP]: So eine Frauenfeindlichkeit in diesem Hause! Geht es noch? – Lisa-Kristin Kapteinat [SPD]: Das darf nicht möglich sein!)

Aber das Töten eines bereits heranwachsenden Kindes darf niemals als nachträgliche Verhütungsmethode salonfähig werden. Das Grundgesetz garantiert den Schutz des menschlichen Lebens – allen Lebens, auch des Lebens ungeborener Kinder. Nicht nur deshalb sollten Schwangerschaftsabbrüche die Ausnahme bleiben. Daran ändern auch die mittlerweile merklich abgestandenen Floskeln der feministischen Kader nichts.

Wie ich eingangs demonstriert habe, kann bereits jeder über sein Sexualverhalten selbst bestimmen. Wer also willentlich einen wehrlosen Organismus tötet und dabei wohlwollend von körperlicher Selbstbestimmung spricht, ist nicht nur moralisch verwahrlost,

(Norwich Rübe [GRÜNE]: Sie sind verwahrlost!)

sondern gewährt seinen eigenen Nachkommen nicht einmal die gleichen Rechte wie sich selbst.

Auch im letzten Jahr wurden wieder weit mehr als 20.000 Kinder in Nordrhein-Westfalen abgetrieben. Die traurige Tatsache, dass die Zahl der Abtreibungen nicht nur in NRW, sondern deutschlandweit gestiegen ist, sollte wohl Anlass genug sein, den zugesicherten Schutz des Lebens – übrigens auch den des ungeborenen Lebens – gewissen Personenkreisen erneut ins Gedächtnis zu rufen.

Die Gründe für eine Abtreibung laufen in eine besorgniserregende Richtung. Die erschreckend lapidare Formulierung „ich will momentan kein Kind“ verschleiert die Tatsache, dass wir in einem Land leben, in dem Familien systematisch benachteiligt sind. Es sind nicht nur finanzielle Aspekte, sondern auch ein Gesellschaftsklima, in dem das Natürlichste der Welt, das Zeugen von Nachwuchs, als Einschränkung der individuellen Entfaltungsmöglichkeiten geschmäht wird. Das wiederum sind gute Nachrichten für die Hersteller von Katzenfutter und Wein, die sich um den Fortbestand ihrer Zielgruppe vorläufig keine Sorgen machen müssen.

(Ilayda Bostancıeri [GRÜNE]: Ekelhaft!)